

SPD-Pressedienst
P/XXVI/185

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/185
28. September 1971

Glückwunsch und Dank

Zum 50. Geburtstag des FDP-Bundestagsfraktions-
Vorsitzenden Wolfgang Mischnick

Von Herbert Wehner
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 68 Zeilen

Manlio Brosio als Kronzeuge

Der scheidende NATO-Generalsekretär über die
Friedenspolitik der Regierung Brandt/Scheel

Seite 3 und 3a / 62 Zeilen

20jähriger Nachholbedarf

Verbesserung der Sportbeziehungen zum Osten

Von Dr. Adolf Müller-Emmert SPD-MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Sport
und Olympische Spiele

Seite 4 und 5 / 49 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 9, Haussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 50 37 - 38
Telex: 630 645/630 647
630 948 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Glückwunsch und Dank

Zum 50. Geburtstag des FDP-Bundestagsfraktions-
Vorsitzenden Wolfgang Mischnick

Von Herbert Wehner

Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der Fraktionsvorsitzende der FDP, Wolfgang Mischnick, hat morgen, an seinem 50. Geburtstag, viele Gratulanten. Zu ihnen zähle ich mich, als sein Landsmann - wir beide stammen aus Dresden - als sein Kollege und schließlich auch als einer, der viele Stunden mit ihm in ernster, manchmal auch harter und kontroverser Beratung zusammen gewesen ist.

Mein Glückwunsch gilt einem Mann, der in einer besonderen, ihm eigenen unauffälligen Art die Person hinter die Sache zurücktreten läßt, so wie er es in den Jahren 1961 und 1963 getan hat, als er in eine Regierung eintrat, um nicht mehr als Platzhalter für einen anderen zu sein und dieses Amt ohne Klagen ebenso unauffällig wieder verließ. Ich erwähne dies nicht, um Erinnerungen an politische Konstellationen zu wecken, die der Vergangenheit angehören, sondern die Erinnerung daran, mit welcher Selbstverständlichkeit er ohne an sich selbst zu denken, das tat, was politisch notwendig erschien.

Mein Glückwunsch gilt aber auch dem Mann, der im Jahre 1963 auf dem Münchener Parteitag der FDP "Gedanken zur Neugestaltung der Altersvorsorge" entwickelte, wie man sie damals von seiner Partei wohl kaum erwartet hatte. Dort sprach ein Liberaler, der wohl wußte und erkannt hatte, daß es keine Freiheit ohne Mitmenschlichkeit gibt, ohne die Verbundenheit mit denen, die der Hilfe der Mitmenschen bedürfen. Ein Mann sozialen Verantwortungsbewußtseins.

Und eine dritte Erinnerung soll hier nicht vergessen werden: Als er im Jahre 1967 zum hessischen Landesvorsitzenden seiner

Partei gewählt wurde, sprach er von dem, was getan werden müsse, um das Leben für die Menschen im geteilten Deutschland erträglicher zu machen und entwickelte Gedanken, die damals wohl manchem ketzerisch erschienen sein mögen, daß nämlich Beauftragte beider deutscher Staaten miteinander darüber reden sollten, wie es wohl zwischen denen hüben und denen drüben sein sollte. Daß dies heute geschieht - mit allen Schwierigkeiten und Vorkrampfungen, die dabei zu Tage treten -, wird ihn wohl nicht mit einem Gefühl des Triumphes, wohl aber mit der Befriedigung dessen erfüllen, der geholfen hat, etwas auf den Weg zu bringen.

Wolfgang Mischnick gehört nicht zu den Lauten im Lande, aber gewiß auch nicht zu den Stillen, eher zu den Rastlosen und Beharrlichen. Ich weiß es aus den zahllosen gemeinsamen Beratungen, die viel häufiger waren, als es der Öffentlichkeit geläufig ist. Und ich erinnere mich an einen Abend, an dem wir bis tief in die Nacht hinein zusammensassen, umgeben von Experten, die zu einem schwierigen Thema immer neue Schwierigkeiten fanden. Da mußte wohl versucht werden und wurde mit Erfolg versucht, immer wieder gemeinsame Berührungspunkte zu finden, an denen das Gespräch neu angeknüpft werden konnte, bis wir schließlich - weit nach Mitternacht - die Berührungspunkte, den Erfolg, heimbringen konnten.

Diese Regierung, diese Koalition und unser Land verdanken ihm viel. Wer heute die Leistungsbilanz betrachtet, die sich sehen lassen kann, der ahnt wohl kaum, wieviel stille Arbeit und wieviel unermüdliche Überzeugungskraft mit dahinter steckt, die Wolfgang Mischnick aufgebracht hat. Vielleicht freut es ihn an diesem Tag, daran zurück zu denken. Unseren Dank dafür hat er verdient.

(-/ex/28.9.1971/rs)

+ + +

Manlio Brosio als Kronzeuge

Der scheidende NATO-Generalsekretär über die
Friedenspolitik der Regierung Brandt/Scheel

Als die 16. Macht der NATO wurde einst Manlio Brosio bezeichnet, Generalsekretär des atlantische Verteidigungsbündnisses, der Ende dieser Woche nach vieljähriger Tätigkeit in seinem Amt vom ehemaligen holländischen Außenminister Joseph Luns abgelöst wird. In Brosios Amtszeit fielen Entwicklungen von weittragender Bedeutung für Europa und für die Allianz. Sein im Dezember 1967 veröffentlichter Bericht über die künftigen Aufgaben des Bündnisses mit dem Konzept von Bemühungen um eine Entspannung - bei gleichzeitiger Verteidigungsbereitschaft - wurde zur Grundlage der Politik aller Mitglieder der Allianz. Gestützt auf dieses Konzept konnte die Bundesregierung nach dem Rückschlag des Jahres 1968 ihre Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen zu den Staaten des Ostens einleiten. Den vorläufigen Höhepunkt erreichte diese auf einen gesicherten Frieden in Europa gerichtete Politik mit dem Abschluß des deutsch-sowjetischen und des deutsch-polnischen Vertrages und mit der Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin. Die Bundesregierung der sozialliberalen Koalition befindet sich hier in vollem Einklang mit unseren westlichen Verbündeten.

Als neuester Kronzeuge kann der nun ausscheidende NATO-Generalsekretär Manlio Brosio angeführt werden, ein Mann, der aufgrund seiner Erfahrungen in der internationalen Politik wie kaum ein anderer Gefahren und Chancen kennt und dessen Stimme Gewicht hat. Brosio hat auf der 17. Jahrestagung der atlantischen Parlamentarierversammlung in Ottawa den Beginn einer neuen Phase im Ost-West-Verhältnis festgestellt, von einem sowjetischen Verhandlungswillen über einen gegenseitigen, ab-

gewogenen Truppenabbau in Europa gesprochen und in diesem Zusammenhang der Bundesregierung bescheinigt, daß ohne ihre Mitwirkung eine Verbesserung der Ost-West-Beziehungen nicht möglich gewesen wäre. Er sei absolut sicher, "daß das freie Deutschland von seiner derzeitigen Regierung und seinem Bundeskanzler in völliger Sicherheit durch die schwierige Wegstrecke geleitet wird, die es eingeschlagen hat".

Manlio Brosio gilt als ein möglicher NATO-Unterhändler bei Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion, wenn es einmal soweit sein wird. Er hat sich in der Vergangenheit wiederholt als Warner und Mahner betätigt, er ist kein Mann von Illusionen, er kennt die Realitäten. Er hat, stellvertretend für alle NATO-Staaten, Vertrauen zur Brandt/Scheel-Regierung bekundet und ihre Politik ermuntert, die, gestützt auf das westliche Verteidigungsbündnis, beharrlich sich bemüht, durch ein besseres Verhältnis zu den Staaten des Ostens die Folgen des Zweiten Weltkrieges zu liquidieren. Sie dient der Organisierung eines gesicherten Friedens in Europa. Sie nimmt den europäischen Völkern die Furcht. Sie gibt diesem Kontinent die Hoffnung, nie wieder zur Stätte verheerender Kriege zu werden. Das wollen alle. Woher nehmen die Unionsparteien den Mut, fast hemmungslos die Außenpolitik einer Regierung zu bekämpfen, die sich auf Unterstützung, Zuspruch und Loyalität unserer Verbündeten berufen kann? Haben sie auch den Mut, den Kronzeugen Manlio Brosio entgegenzutreten und zu widerlegen?

(ae/ex/28.9.1971/bcy)

+ + +

20jähriger Nachholbedarf

Verbesserung der Sportbeziehungen zum Osten

Von Dr. Adolf Müller-Ermert SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Sport und Olympische Spiele

An den Beispielen deutsch-sowjetischer Sportbeziehungen und den Auswirkungen des Etschafter-Abkommens über Berlin für den Sport wurde deutlich, daß eine sachbezogen angelegte Sportpolitik unerlässlich ist. Die Bemühungen der Sportorganisationen, die oft an politischen Hindernissen ihre Grenzen finden, werden wie nie zuvor durch die Koalition der SPD und FDP in Parlament und Regierung erfolgreich unterstützt.

Es ist nicht nur bei Worten geblieben: Heute ist der Sport ein gleichberechtigter Faktor der Gesellschaftspolitik. Mehr als eine profane Sympathieerscheinung ist es, wenn Bundeskanzler Willy Brandt bei seinen gesellschaftspolitischen Bemühungen dem Sport eine bedeutungsvolle Aufgabe zuweist. In der Parlaments- und Regierungsarbeit hat der Sport seinen Seltenheitswert verloren, er ist zu einem beachtenswerten Teil der Bildungspolitik geworden. An Bonn ist es nicht mehr gelegen, wenn es noch Grund zur Klage im Schul- und Hochschulsport gibt. Zwei Jahrzehnte lang begnügten sich jene, die die Möglichkeit zu Veränderungen hatten, mit stereotypen Sonntagsreden; Turnvater Jahn erlebte eine Wiedergeburt nach der anderen. Nun ist der Sport - von der Natur der Sache her - geradezu prädestiniert, außenpolitische Kontakte in seinem Bereich zu schaffen. Dies läßt sich besonders dann verwirklichen, wenn eine Regierung den Sport nicht als Mittel benutzt und ihn mit politischen Winkelzügen damit zweckentfremdet. Den bundesdeutschen Sportorganisationen wurde bisher nichts versprochen, was nicht auch gehalten wurde.

Im Gegenteil: Durch klare Zusagen und verbindliche Absprachen

konnten der Deutsche Sportbund und seine Organisationen ohne finanzielle Engpässe und politische Pressionen ihre Arbeit fortsetzen. So auch im außenpolitischen Raum. Seit 1969 erstmals Bundesregierung und Parlament besondere Mittel für Sportbegünstigungen mit unseren osteuropäischen Nachbarstaaten zur Verfügung stellten, konnten die Sportvereine und Sportverbände ihren Beitrag zur Normalisierung unserer Beziehungen zu den osteuropäischen Sportorganisationen einleiten. Neben der UdSSR müssen jetzt auch Ungarn, Rumänien, Bulgarien, die CSSR und Polen Ziele von Sportbemühungen sein, die im gegenseitigen Interesse liegen.

Eine besondere Aufgabe mit entsprechender Rangfolge hat die Bundesrepublik bei ihren Sportbeziehungen zu Polen, wo das Staatliche Komitee für Körperkultur und Touristik auch an einer Intensivierung der Sportkontakte zur Bundesrepublik - neben repräsentativen Länderkämpfen - interessiert ist. Die Bemühungen des Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverbandes (ADH), der Deutschen Sportjugend und des Deutschen Sportbundes befinden sich dabei in Übereinstimmung mit der Zielsetzung der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien des Bundestages. Gespräche über diesen Teil der Beziehungen zwischen Parlaments- und Regierungsvertretern aus Bonn und Warschau sollten nicht mehr lange auf sich warten lassen.

(-/wr/28.9.1971/ks)